

# RS OGH 1995/11/22 13Os157/95, 13Os2/08f, 14Os153/21p, 14Os5/22z

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 22.11.1995

## Norm

StPO §284 Abs1 A

StPO §364

## Rechtssatz

Selbst eine nach Urteilsverkündung und Rechtsmittelbelehrung abgegebene allgemeine Erklärung "Rechtsmittel erheben zu wollen" (wie sie der Verteidiger behauptet) stellt eine nicht näher spezifizierte Absichtserklärung dar, die die Frist zur Rechtsmittelanmeldung offen lässt, wie etwa ebenso die Erklärung, auf Rechtsmittel nicht zu verzichten oder sich Bedenkzeit vorzubehalten. Tatsächlich wurde daher keine Frist versäumt sondern vom Angeklagten bewusst nicht genutzt.

## Entscheidungstexte

- 13 Os 157/95  
Entscheidungstext OGH 22.11.1995 13 Os 157/95
- 13 Os 2/08f  
Entscheidungstext OGH 13.02.2008 13 Os 2/08f  
Vgl auch; Beisatz: Die allgemeine Erklärung, Rechtsmittel anzumelden, ist als Absichtsäußerung zu werten, innerhalb der dafür gesetzlich vorgesehenen Frist eine dem Bestimmtheitserfordernis entsprechende Rechtsmittelerklärung abgeben zu wollen. Entsprechendes gilt für die Anmeldung der Berufung. (T1)
- 14 Os 153/21p  
Entscheidungstext OGH 22.02.2022 14 Os 153/21p  
Vgl
- 14 Os 5/22z  
Entscheidungstext OGH 31.03.2022 14 Os 5/22z  
Vgl

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1995:RS0099993

## Im RIS seit

15.06.1997

## Zuletzt aktualisiert am

04.05.2022

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)